

Tagesfragen.

Das Reichsgericht hat in Sachen Stinnes und Genossen von den sieben Angeklagten vier freigesprochen und die übrigen drei mit verhältnismäßig geringen Strafen davonkommen lassen. Nicht jeder wird dieses Urteil, das einen Monstre-Prozess zum Abschluß bringen sollte, ohne Verwunderung hingenommen haben. Denn auf Grund der Voruntersuchung, aus der gewisse Geständnisse bekannt geworden waren, hatte man sich schon in etwa seine bestimmten Gedanken über die Strafbarkeit der Kriegsanleihegeschäfte gebildet, die den Erben eines berühmten Namens vor den Rädern brachten. Diese Geständnisse sind allerdings in der Hauptverhandlung widerrufen worden, insbesondere soweit sie sich auf die Mitschuld von Hugo Stinnes bezogen. Dem Angeklagten allerdings, der diesen Widerruf vornahm, von Waldow, hat die jetzt anders lautende Aussage wenig genützt, aber seine Schuld hat das Gericht nicht besonders hoch eingeschätzt, ja es verurteilte ihn zu nur vier Monaten Gefängnis, wovon sieben Wochen als durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt gelten und von denen die Reststrafe nur dann angetreten zu werden braucht, wenn die ausbleibende Bewährungsfrist von drei Jahren rückfällig zeitigen sollte. Ebenso ist der Angeklagte Bela Groß zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden, wovon eine Woche durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt gilt. Doch hat er keine Bewährungsfrist bekommen. Bela Groß hatte bei seiner Vernehmung eingestanden, daß er illegal gehandelt habe, aber nicht in einem weiteren Maße als in dem Rahmen, der durch die Ordnungstrafe des Gesetzes selbst gezogen ist. Die Ordnungstrafe bis zur Höhe von 10.000 Mark hatte er auf sich nehmen wollen. Sein Verteidiger hatte überdies geltend gemacht, daß Bela Groß von dem Geschäft zurückgetreten sei, als er merkte, das Ziel nicht erreichen zu können, daß er sich dabei geteilt habe, nämlich in Geschäftsverbindung mit dem Hause Stinnes zu kommen. Der dritte Angeklagte, Waldow, ist von Waldow bei seinem Betrugsbefehl befreit worden. Aber warum wurde Hugo Stinnes freigesprochen? In der sehr langen Urteilsbegründung wird über ihn und sein Verhalten folgendes gesagt:

Bei Stinnes besteht seine objektive Beteiligung darin, daß er sowohl für die rumänischen wie für die französischen Anleihen das Geld gegeben hat, daß er den Angeklagten v. Waldow zur Durchführung der französischen Anleihen nach Paris geschickt hat und gebietet hat, daß Rothmann in Rumänien tätig war. Es ist geradezu grob fahrlässig, daß der Angeklagte Stinnes sich nicht von vornherein darüber klar war, daß, wenn ein Staatsvertrag, der die Auslandsbeziehungen betraf, aufzuheben, die sie gar nicht mehr hatten, wirklich bestand, ein solcher Vertrag für die Angehörigen der Unterzeichner von Un- und Neubeleidigung vollstän-

dig ist. Und es ist eine unverzeihliche Fahrlässigkeit, daß er sich nicht, bevor er sich übernahm, gründlich damit erklärte, daß auf dieses Geschäft einzugehen, an autoritativer Stelle erkundigte, eine Fahrlässigkeit, die um so schwerer wiegt, als er nach seiner eigenen Darstellung hier mit Geld arbeitete, das ihm von seinem Bruder, der Seite anvertraut war, also Geld, mit dem ein ehrlicher Kaufmann besonders vorsichtig umgeht.

Anders ist aber der Betrag ein Vorabbeist, und wir müssen den Angeklagten nachweisen, daß sie nicht nur fahrlässig gehandelt haben, sondern bei Stinnes z. B. daß er wußte, daß ein solcher Staatsvertrag nicht besteht. Und diese Feststellung kann mit Sicherheit nicht gemacht werden. v. Waldow hat mit seinen Angaben zu oft gewarnt, als daß sie derartig glaubwürdig sein könnten, um als Beweismittel gegen einen anderen Angeklagten in Frage zu kommen. Nun hat aber Stinnes in seiner ersten Vernehmung gleichfalls angegeben, daß er zu diesem Zeitpunkt von der Anfertigung der falschen Urkunden Kenntnis erlangt habe. Stinnes will diese Angaben nach seiner Unterredung mit Direktor Heimgarten gemacht haben, um der Untersuchungshaft zu entgehen und von seiner Firma und seiner Familie Unheil abzuwenden. Psychologisch ist das Geständnis nur zu erklären, wenn Stinnes lebhaft an den Augenblick dachte, und nicht an die Folgen eines etwa zu Unrecht abgelegten Geständnisses. Aber immerhin muß berücksichtigt werden, daß Stinnes bei dieser Vernehmung unter einem nicht unerheblichen inneren Zwang stand. Wenn er Waldow nach Paris schickte mit der Weisung, „ich will aus dem Geschäft heraus“, so ist darin nicht der Auftrag zu sehen, das Geschäft aktiv zu fördern.

Wenn v. Waldow das dennoch getan hat, so ist Stinnes nicht mit voller Sicherheit nachzuweisen, daß er diese Tätigkeit des Angeklagten v. Waldow gewollt hat. Ein sehr erheblicher Verdacht spricht gegen Stinnes, aber die letzten Zweifel an seiner Tat waren nicht beseitigt. Bei dieser Sachlage wird er als nicht überführt freigesprochen.

So ist in der Urteilsbegründung über Hugo Stinnes und sein Verhalten doch ein moralisches Urteil ausgesprochen, das ihn kaum weniger trifft, als wenn er einige Monate Gefängnis oder eine hohe Geldstrafe bekommen hätte. Ein recht bitterer Freispruch also, von dem man zudem noch nicht weiß, ob er bestehen bleibt. Denn der Staatsanwalt hat gegen das Urteil in seinem vollen Umfang Berufung eingelegt. In absehbarer Zeit wird also der Kriegsanleihegeschäftsfall von neuem laufen.

haben sie trotz der Aussage zweier Sachverständigen, es könne aus fünf Buchstaben überhaupt kein Urteil über die Echtheit oder Unechtheit der Unterschrift abgegeben werden, trotz der verdächtigen Umstände, die auf eine Fälschung deuten, und trotz der eidligen Aussage zweier Zeugen, ein Dokument, wie es Ully zur Last gelegt wird, habe sich überhaupt nicht unter den Akten der Doppelner Regierung befunden, den Angeklagten für schuldig befunden und verurteilt. Unter dem politischen Druck, unter dem sie standen, haben diese Richter nicht einmal den Mut dazu aufgebracht, sich zu dem Grundgesetz zivilisierter Rechtsprechung zu bekennen: In dubio pro reo. Daß das Urteil ihrer

eigenen Überzeugung widerspricht, geht auch daraus hervor, daß es so gestaltet wurde, daß es praktisch den Verurteilten kaum oder wenigstens nicht schwerer trifft. Ully hat verständlicherweise sofort gegen das Urteil Berufung eingelegt. Der Staatsanwalt hat zwei Tage später das gleiche getan mit der mehr als simplen Begründung, daß das Strafmaß nicht seinem Antrage entspreche. Wird man auch zu der höheren politischen Justiz unter dem derzeitigen Regime nicht ohne weiteres mehr Vertrauen hegen dürfen als zu den bedauerlicherweise Rattowiger Richtern, so geht es bei dem in Aussicht stehenden Revisionsprozeß doch um den internationalen Ruf der polni-

schen Rechtspflege. Das Rattowiger Urteil hat auf die Aufmerksamkeit der Welt stärker als andere Prozesse gelenkt. Die zweite Instanz dürfte sich daher, wenn sie nicht von allen guten Geistern verlassen ist, doch wohl hüten, sich so rigoros über den Zusammenbruch des gesamten belasteten Materials hinwegzusetzen, wie das in Rattowig geschehen ist.

Das Urteil, das man lebenden Mitmenschen entgegenbringt, sei auch Poincaré nicht verlagert. Natürlich braucht dabei nicht verschwiegen zu werden, daß es in Deutschland niemanden gibt, der ihm, wenn er sich aus der Politik zurückzieht — ob auf längere Zeit, steht dahin — eine Träne nachweint. Dafür hat uns dieser Mann, den seine Fähigkeit, Energie und parlamentarische Gewandtheit seit etwa zwei Jahrzehnten unter den führenden Politikern seines Vaterlandes in besonderer Eigenart hervorstechen lassen, doch zuviel Kummer und Sorgen bereitet. Wenn er seinen Rücktritt genommen hat, um sich einer Operation zu unterziehen, so wird man gleichwohl bei ihm den Gedanken nicht los, daß vielleicht doch nicht nur gesundheitliche, sondern auch politische Gründe mitspielen haben. Man braucht dabei nicht so sehr an die jüngste Vergangenheit zu denken, in der ihm die Widerpenstigkeit der Kammer gegen die von ihm geforderte vorbereitende Ratifizierung der Schuldenabkommen viel Ärger eingebracht hat, als vielmehr an die nahe Zukunft, in der mit dem Young-Plan auch die Räumung des Rheinlandes zur Entscheidung steht. Solche Gedanken äußert auch der bekannte Pariser Publizist Gustav Hervé. Er fragt in der „Victoire“:

Hätte Poincaré nicht Brand als Außenminister und Tardieu als Innenminister? Welchen Sinn hat es, wenn er unter diesen Umständen unter dem Vorwand der Krankheit zurücktritt, obwohl doch drei Monate Parla-

mentsferien bevorstehen, während denen er sich ausruhen kann? Man könnte sagen, daß er zurücktritt, um nicht die Verantwortung für die vorzeitige Rheinlandräumung zu übernehmen, die seit Unterzeichnung des Protokolls vom 18. September in dem fast unvermeidlich geworden ist. Vielleicht benutzt er auch, untröstlich darüber, daß er seit dem Austritt Herriots keinen Kabinett mehr in seinem Ministerium hatte, die erste Gelegenheit, um ihnen die Tür der Regierung zu öffnen.

Diese Erwägungen haben in der Tat etwas für sich. Immerhin: viel mehr es für uns kaum ausmachen, ob sich die Haager Konferenz im Weissen Palast abspielt oder nicht. Sein Geist wird, wenn nicht alles trägt, auch in dem neuen Kabinett wirksam bleiben. Hat doch Brand bereits erklärt, daß er zu größeren Veränderungen keinen Anlaß sehe. Und auch die Parteien, mit denen das neue Kabinett rechnen muß, werden danach schwerlich andere sein, als diejenigen, auf die sich Poincaré stützte. Gewiß, eine kleine Hoffnung besteht, daß Brand auch die Radikalen für sich gewinnt. Das wäre natürlich für die deutsch-französische Verständigung nicht unwesentlich. Aber Rücksichtnahme auf die Rechte wird für den französischen Ministerpräsidenten auch dann noch geboten bleiben. Und was darunter für Köpfe sind, hat man erst dieser Tage bei der Debatte über die Schuldenabkommen erlebt. Die Gipfelfestung war dabei zweifellos die Rede eines Abgeordneten, der sich über die Undankbarkeit der Amerikaner beschwerte, denen doch damals die Franzosen bereitwillig ihre Schlachtfelder zur Verfügung gestellt hätten. Und solchen Leuten muß Brand die Räumung des Rheinlandes schmackhaft machen. Seine Aufgabe ist also nicht so einfach. Da er nach links keine Mehrheit findet, wird er sich also wohl kaum in außenpolitischer Hinsicht zum Verlassen des bisher befahrenen Geleises entschließen.

Brand bei der Bildung seines zwölften Kabinetts.

Die Ansprüche der Fraktionen.

× Paris, 27. Juli. Der Präsident der Republik hat nach Abschluß seiner Beratungen mit den Parteiführern heute Abend Brand zu sich berufen und ihm mit der Kabinettsbildung betraut. Brand hat dem Präsidenten die Zusicherung gegeben, daß er alles ausbieten werde, um diesen Auftrag zu erfüllen. Brand, der nach einer halbblindigen Unterredung mit Doumergue das Eis gebrochen, erklärte den Journalisten folgendes: Der Präsident der Republik hat mich unter schwierigen Umständen aufgefordert, ein Kabinett zu bilden. Ich glaube nicht annehmen zu können, ohne in diesem Sinne einen Versuch zu machen, und werde schon morgen an diese nicht leichte Aufgabe herangehen.

Über die Haltung der Fraktionen zur Kabinettsbildung berichtet Havas aus den Wandelgängen der Kammer: Aus den verschiedenen Besprechungen der Fraktionen ergibt sich der Gesamteindruck, daß die Stellung, die die einzelnen Gruppen voraussichtlich einnehmen werden, es einer künftigen Regierung nicht leicht machen wird, eine Mehrheit zu finden. Im Augenblick ist auf die Unterstützung durch die Sozialisten nicht zu rechnen. Andererseits ist noch unbekannt, welche Stellung auf der anderen Seite der Kammer die demokratisch-republikanische Vereinigung und die unabhängigen rechtsstehenden Abgeordneten einnehmen werden. Zwischen den beiden Extremen bleibt nur der ziemlich beschränkte Spielraum von 320 Stimmen zur Bildung einer Konzentration mehrheit, die von der demokratisch-sozialen Aktion bis zu den sozialistischen Republikanern gehen würde, unter Einbezug der Radikalen und der Mittelgruppen. Die Radikalen wollen sich an einer Regierung nur unter gewissen Bedingungen beteiligen. Sie verlangen vor allem das Innenministerium sowie überhaupt eine ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechende Vertretung im Kabinett. Einige radikale Abgeordnete beantragen für die 120 Mitglieder zählende Fraktion sogar sechs Vertreter in der Regierung. Andererseits beantragen auch die fünf Mittelgruppen, daß das Innenministerium entweder einem Linkenrepublikaner, wie bisher Tardieu, oder einem Mitglied der radikalen Linken übertragen werde. Sie weisen auch darauf hin, daß sie, falls der Ruf zur Beteiligung an der Regierung an sie ergehe, in dem künftigen Kabinett eine

ihrer Stärke entsprechende Vertretung haben müßten.

Brand hatte bereits heute Abend eine Unterredung mit Herriot. Dieser verließ bald darauf Paris, um morgen im Rhonedepartement eine politische Rede zu halten.

Wiederkehr des alten Kabinetts mit neuem Kopf wahrscheinlich.

× Paris, 28. Juli. Brand hatte heute Abend eine 40 Minuten dauernde Unterredung mit dem Präsidenten der Republik, nach deren Beendigung er den Journalisten erklärte: Ich habe Ihnen nicht viel zu sagen. Ich habe mich heute Nachmittag mit einer Anzahl von Mitgliedern der beiden Kammern über die Lage unterhalten. Ich bemühe mich, eine Entspannung der Geister herbeizuführen und die Mehrheit zu erweitern. Aber die Basis der von mir erzielten Koalition ist das gegenwärtige Kabinett. Es hat bisher keine Niederlage erlitten und es liegt kein Grund vor, es nicht beizubehalten. Vielleicht werde ich die Möglichkeit haben, es zu erweitern. Ich werde morgen meine Bemühungen fortsetzen und hoffe, am Abend fertig zu sein.

Zum Rücktritt Poincarés.

× Paris, 28. Juli. Der „Matin“ macht nähere Angaben über die Umstände, unter denen der Rücktritt Poincarés erfolgt ist. Am Donnerstag vormittag besuchte Professor Marion Poincaré und fand das allgemeine Befinden des Kranken für einen chirurgischen Eingriff geeignet, den man bisher verschoben oder verzögern zu können geglaubt hatte. Marion empfahl zwei Operationen, zunächst eine vorbereitende und dann einige Tage später eine zweite zur Entfernung der Prostata. Poincaré erklärte sich mit diesen Operationen einverstanden. Am Donnerstag Nachmittag besuchten der Präsident der Republik, ferner Brand und Tardieu den Ministerpräsidenten, der ihnen mitteilte, daß er unter diesen Umständen entschlossen sei, zurückzutreten. Seine drei Besucher suchten ihn lebhaft, um diesem Entschluß abzuweichen und befohlen, in der Lage, daß es geschehen würde, den Kranken umzukümmern, die ihnen gemachte Mitteilung streng geheim zu halten. Erst am Freitag wurde dem Innenminister Tardieu bei einem neuen Besuch in der Wohnung des Ministerpräsidenten das Schreiben überreicht, durch das Poincaré seine Mitarbeiter von seiner Rücktrittsabsicht in Kenntnis setzte.

„Graf Zeppelins“ zweite Probefahrt. Bis nach Koblenz.

× Friedrichshafen, 28. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute früh 7.34 Uhr mit 25 Passagieren an Bord bei herrlichem Wetter zu seiner zweiten großen Probefahrt aufgestiegen. Der Aufstieg wickelte sich, nachdem das Schiff um 7.50 Uhr durch das Westtor ausgefahren war, wieder ausgeglichen ab. Wenige Meter von der Halle entfernt, begann das Luftschiff sich nach zu heben. Der schöne, sonnige Sonntagmorgen hatte eine Menge Zuschauer angelockt. Die Aufstiegsmanöver gingen unter Leitung Dr. Eckners der sich auch heute wieder an Bord befindet, vor sich. In rascher Fahrt entwand „Graf Zeppelin“ in nördlicher Richtung. Der Heliummotor, dessen Gondel bei der wegen des böigen Wetters etwas schwierigen Landung gestern leicht beschädigt wurde, arbeitete fehlerlos. Um 8.45 Uhr erschien das Luftschiff über Stuttgart, beschrieb, etwa 10 Minuten über der Stadt verweilend, einen Kreis und flog dann in nördlicher Richtung weiter. Bei schönem Wetter wurde Landau und Pirmasens passiert. Um 10.50 Uhr befand sich das Luftschiff über Kaiserslautern mit Kurs auf Trier. „Graf Zeppelin“ erschien, um 12.45 Uhr von Trier kommend, nördlichwärts über Koblenz, über dem deutschen Eck lenkte er seine Spitze. Um 12.50 Uhr nahm er den Kurs nicht, wie erwartet, weiter rheinabwärts, sondern rheinaufwärts, um nach Friedrichshafen zurückzukehren. Um 14 Uhr befand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin“ über Worms.

Nach zwölfstündiger Fahrt wieder in Friedrichshafen.

× Friedrichshafen, 28. Juli. Nach der bei schönstem Wetter ausgeführten zweiten Probefahrt, die heute 12 Stunden dauerte, ist „Graf Zeppelin“ im Heimathafen kurz nach 19 Uhr wieder glatt und ohne jeden Zwischenfall gelandet. Eine riesige Menschenmenge wohnte der Landung bei. Die Motoren, die bei der ersten Probefahrt auf Höchstleistung gebracht worden sind, haben zur besten Zufriedenheit der Schiffsleitung gearbeitet. Folgende Städte wurden überflogen: Künzingen, Stuttgart, Karlsruhe, Pirmasens, Landau, Kaiserslautern, Koblenz, Worms, Billingen, Tullingen und Albstadt. Nach dem Verlauf der heutigen Probefahrt kann endgültig damit gerechnet werden, daß der Beginn der Afrikafahrt auf den 1. oder 2. August festgesetzt werden wird.

Zum ersten Mal über dem besetzten Gebiet.

× Friedrichshafen, 28. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ befand sich um 19.30 Uhr wieder in der Halle. Samliche Teilnehmer an der Fahrt, die durchweg von gutem Wetter begleitet war, äußerten sich in begeisterten Worten über ihre Entwürde. Namentlich die ausländischen Passagiere erklärten sich von dem Verlauf der sonntäglichen Luftreise sehr befriedigt. Auch während dieser Probefahrt haben die revidierten Motore des Luftschiffes, nach Mitteilung der Schiffsleitung, während der ganzen Flugdauer ohne Unterbrechung gleichmäßig gearbeitet und ohne Störungen ihren Dienst getan. Das Erscheinen des Luftschiffes, das sich der Bevölkerung der besetzten Gebiete mit Genehmigung der Besatzungsbehörden zum ersten Male zeigen konnte, ist dort überall mit Jubel und Begeisterung aufgenommen worden. Dr. Eckner erklärte nach Beendigung der Fahrt, daß er mit Freunden noch mehr Orte der besetzten Zone überfliegen haben würde, doch habe dazu die verfügbare Zeit nicht ausgereicht.

Stilllegung der britischen Baumwollindustrie.

× London, 28. Juli. Da die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Baumwollindustrie gescheitert sind, werden morgen 300.000 Weber und 200.000 Angestellte der Manufakturabteilungen arbeitslos werden. Die Krise ist darauf zurückzuführen, daß sich die Arbeitnehmer weigern, sich mit dem von den Spinnereibetrieben beschlossenen Lohnabbau von 12 1/2 % einverstanden zu erklären. Wie bekanntgegeben wird, sollen die Verhandlungen Ende der kommenden Woche wieder aufgenommen werden. Inzwischen werden die Arbeitnehmer jedoch nahezu 20 Millionen Pfund an Löhnen eingebüßt haben.

Ein Personendampfer auf dem Rhein gesunken.

× Bingen, 28. Juli. Der Personendampfer „Andine“ von der Rhin-Düsseldorf-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, der gestern in der Nähe von Trechtingshausen

Spielvereinigung fürth - Deutscher Fußballmeister.

× Nürnberg, 28. Juli. Im Endspiel um die Deutsche Fußballmeisterschaft zwischen der Spielvereinigung fürth und Bertha B. S. C. Berlin siegte fürth mit 3:2 (Halbzeit 1:1). (Anschlußbericht in der Sportbeilage).

auf Grund gesten und led geworden war und gegen 11 Uhr nachts im flutenden Zustand auf der Binger Mäe eintraf, ist heute in der frühen Morgenstunden gesunken und in der Mitte durchgebrochen. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Das Schiff war kurz vor Mitternacht von einer Sonnerfahrt, die die Kreuzfahrts-Kassio-Gesellschaft nach Braubach gebracht hatte, zurückgekehrt. In der Nähe des Binger Pöschs lag das Schiff plötzlich auf Grund und wurde led. Mit den größten Anstrengungen gelang es noch, hinter Bingen zu fahren. Die Fahrgäste, etwa 200 Personen, konnten das Schiff noch rechtzeitig verlassen. Der Führer des Dampfers gibt an, von dem Scheinwerfer eines Kraftwagens in seiner Sicht behindert worden zu sein. Die Schiffsgesellschaft und die Haffgesellschaften der Schiffahrt konnten an Land gebracht werden, während die gesamten Weinröhre nimmte auf dem Rheinhoden klammern. Durch Sirenenrufe und Brandglocke wurde die Binger Feuerwehr alarmiert, die mit zwei Pumpen versuchte, das Schiff zu retten. An den Rettungsarbeiten beteiligten sich auch der Rheindampfer „Robert Sauer“, der mit seiner Dampfmaschine gleichfalls zu Hilfe geeilt war. Aber alle Mühe und Arbeit waren vergebens. Das Schiff schlug zu den Baumrücken älterer Art und ist seit etwa 37 Jahren auf dem Rhein.

Der vermiste Landgerichtsdirektor.

Neue Ermittlungen, aber noch keine Aufklärung über sein Schicksal.

Berlin, 28. Juli. Die Ermittlungen der Behörden in der Angelegenheit des vermissten Landgerichtsdirektors Bombe hat, wie der „Montag“ berichtet, neue Anhaltspunkte ergeben, die darauf hindeuten scheinen, daß dieser nicht Selbstmord begangen, sondern entweder verunglückt oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Es ist festgestellt worden, daß Bombe am Sonntag, dem 20. d. M., in Adamswalde, etwa eine Meile von Neuglowitz entfernt, bei einer Frau Koch, der Schwiegermutter des Lehrers Köppe aus Schöndorf, Quartier genommen hat. Lehrer Köppe berichtet, daß an diesem Tag zwischen 1 und 2 Uhr mittags ein gut gekleideter Herr im Hause seiner Schwiegermutter, wo sich Köppe gerade mit seiner Frau aufhielt, erschien und um Quartier für die Nacht bat, da er im Galtshof nicht mehr unterkommen könne. Der Fremde nannte sich



Landgerichtsdirektor Bombe.

Bombe, ohne aber seinen Titel zu nennen. Er hatte Hut, Klinken und Mantel bei sich und besahle sein Zimmer im Voraus. Er unternahm im Laufe des Nachmittags einen längeren Spaziergang, der ihn, wie er erzählte, nach den Orten Groß- und Kleingewitz führte. Er übernachtete dann im Hause und verabschiedete sich am folgenden Morgen nach dem Frühstück, wobei er erklärte, daß er nach der Zechliner Hütte wolle. Köppe erzählt, daß Bombe einen ernsten und gesunden Eindruck machte, doch offenbar in bester Stimmung war. Als Köppe später den gleichen Weg passierte, den Bombe eingeschlagen hatte, beobachtete er, daß sich an einer Gehsteige zwei Privatautos aus entgegengesetzter Richtung begegneten und bei ihrem Zusammenstoß anhielten. Die Anwesenden, mehrere Männer, stiegen aus und sprachen heftig aufeinander ein. Nach einiger Zeit kehrten die beiden Wagen um und fuhren wieder in der Richtung zurück, aus der sie gekommen waren. Da die Insassen der Autos, wie Lehrer Köppe erzählt, nicht aus der Gegend waren, so kann es sich nicht um einen Holslaut gehandelt haben. Es ergeben sich nun die Möglichkeiten, daß der Vermisste auf dem 8 km. langen Weg von Adamswalde nach der Zechliner Hütte einem Unfall oder Verbrechen zum Opfer gefallen ist, oder aber, daß er die Zechliner Hütte erreicht hat und von dort im Motorboot nach der Zechliner Hütte weitergefahren ist. Da bisher in Rheinsberg keine Spur von ihm gefunden werden konnte, ließ sich unter Umständen annehmen, daß Landgerichtsdirektor Bombe von Rheinsberg nach Berlin weitergefahren ist und sich dort in der Gegend befindet. Die Behörden gehen beiden Möglichkeiten mit der größten Sorgfalt nach.

Das zweite Opfer des Freiburger Mörders.

Freiburg, 28. Juli. Das Kriminalamt Freiburg hat am Sonntag festgestellt, daß der am 25. Juni im Walde von Gersbach aufgefunden Tote auch ein Opfer Hennigs ist. Auf Grund der von der Presse gedruckten Bilder und Einzelheiten meldete ein Freiburger Einwohner bei der Freiburger Kriminalpolizei, daß er von seinem Schwager, dem Landarbeiter Paul Gerhard Symant seit dem 2. Mai d. J. keine Nachricht mehr habe. Die sofortige Nachprüfung ergab, daß Symant vom 15. April bis 1. Mai 1929 mit dem in Freiburg festgenommenen Mörder Hennig zusammen auf einem Gutshof in Weissen gearbeitet und seine Arbeitsstelle gemeinsam mit Hennig am 2. Mai zwischen 9 und 10 Uhr morgens ohne Kündigung verlassen hatte. Symant hat sich am gleichen Tage von seiner in Weissen wohnenden Schwester verabschiedet und dabei erzählt, daß er mit Hennig nach Breslau fahre, um dort in einem Hotel, an dem Hennig finanziell beteiligt ist, eine neue Stelle anzutreten. Die Schwester des Symant und deren Mann erkannten eine Anzahl von Kriminalpolizei vorgelegten Abbildungen und auch einen Reiseford als Eigentum des vermissten Symant. Obwohl die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, scheint doch festzustehen, daß auch Symant von Hennig ermordet wurde.

Ein mecklenburgisches Dorf niedergebrannt.

Schwerin, 28. Juli. Von einer Brandkatastrophe ist in der Nacht zum Sonntag das Dorf Gageelow zwischen Wismar und Rostock heimgekehrt worden. Von den 26 Gebäuden des Dorfes sind nur zehn stehen geblieben. Der Schaden wird auf 300 000 Reichsmark geschätzt. Das Feuer brach gegen 20 Uhr aus und ergriff in kurzer Zeit alle strobbedeckten Wirtschaftsgebäude, Tagelohnern und ein Wohnhaus. Mitternacht fand außer den landwirtschaftlichen Maschinen und der ganzen Feuerzute auch zehn Schweine, während das Rindvieh gerettet werden konnte.

Die Vorbereitung der Haager Konferenz.

Die Unterbringung der Teilnehmer.

+ Den Haag, 27. Juli.

Öffentlichkeit und Presse beschäftigen sich lebhaft mit der bevorstehenden Regierungskonferenz der vom Internationalen Gerichtshof betroffenen Mächte. Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, haben sich mehrere Gefandte dieser Mächte bereits am vergangenen Mittwoch mit dem hiesigen Außenministerium offiziell in Verbindung gesetzt, um Sicherheit darüber zu erhalten, ob die zahlreichen Teilnehmer an der Konferenz in Haag auch auf eine befriedigende Unterkunft rechnen können. Gleichzeitig war das Außenministerium davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die betreffenden Regierungen sich möglicherweise auf den Haag als Konferenzort einigen würden. Das Außenministerium hat seinerseits darauf informatorische Schritte bei der Haager und Schweizer Hotelvereinigung sowie bei dem Verein für Fremdenverkehr unternommen, die wie im Gegenjahre zu anderslautenden französischen Presseberichterstattungen festgestellt werden kann, ein befriedigendes Ergebnis gehabt haben. Allerdings hat sich dabei die Schwierigkeit ergeben, daß sich vorläufig noch nicht übersehen läßt, wie stark die Delegationen der verschiedenen Mächte sein werden und wie hoch die Zahl der zu erwartenden Journalisten sein wird. Bisher rechnet man hier damit, daß die Zahl der Konferenzteilnehmer ungefähr 600 beträgt, wozu voraussichtlich noch etwa 150 ausländische Journalisten kommen dürften. Hieron können 150 Personen trotz des die Zeit sehr lebhaften internationalen Fremdenverkehrs noch in großen Hotels des Nordseebades Schweden, das in unmittelbarer Nähe liegt, untergebracht werden, während der Rest im Haag selbst in guten Hotels Unterkunft finden kann. Sollte die Zahl der Konferenzteilnehmer jedoch noch wesentlich größer werden, so würden noch Pensionen und Privatunterkünfte hier und in benachbarten Orten zur Verfügung stehen. Mehrere Regierungen sollen bereits durch ihre hiesigen Gefandtschaften Hotelzimmer haben reservieren lassen. Die niederländische Polizeiverwaltung hat ebenfalls schon größere Vorbereitungen zur Verhinderung der Telephonapparate und zur Anlage neuer Telephonverbindungen in Angriff genommen, zu welchem Zweck heute vormittag eine eingehende Besprechung der Direktoren der Telephon- und Telephonverwaltungen vom Haag, Amsterdam und Rotterdam unter Leitung des Generaldirektors der Niederländischen Polizeiverwaltung stattfand. Für die Presse sollen ähnliche Einrichtungen gewährt werden, wie sie zur Zeit der Olympischen Spiele in Amsterdam bestanden.

An hiesigen unterrichteten politischen Kreisen rechnet man vorläufig mit einer etwa vierzehntägigen Dauer der Konferenz, sowie auch insbesondere im Hinblick auf die heute eingetretene französische Kabinettstürmung mit der Möglichkeit, daß die Konferenz nicht bereits am 6. August, sondern erst etwa eine

Staatssekretär Pünder beim Reichskanzler.

Heidelberg, 27. Juli. Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Pünder, stieg heute nachmittag dem Reichskanzler einen Besuch in der Chirurgischen Universitätsklinik zu Heidelberg ab, wo er zugleich auch der Gattin des Reichskanzlers seine Freude über den guten Verlauf der Heilung zum Ausdruck bringen konnte. Er übermittelte bei dieser Gelegenheit dem Reichskanzler im Auftrage der Reichsregierung unter Überreichung einer Blumenkranzspende nochmals die herzlichsten Wünsche für baldige Genesung. In Anbetracht hieran besuchte Staatssekretär Dr. Pünder die behandelnden Ärzte Geheimrat Dr. Enderlen, Geheimrat Dr. von Krehl und Professor Dr. Kugel.

Täglich kommt auch weiterhin die Anteilnahme weitester Kreise am Verlaufe der Erkrankung des Reichskanzlers durch das Eintreffen einer großen Zahl von Glückwünschen in Heidelberg und Berlin zum Ausdruck. So haben neben zahlreichen anderen Freunden und Verehrern der Rektor der Heidelberger Universität, Professor Dr. D. Bellus, und die Städte Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim dem Reichskanzler Blumenkranze überreicht.

Endlich sind noch weiter in großer Zahl Telegramme aus dem Auslande und allen Teilen Deutschlands eingegangen, die der Freude über die Besserung im Befinden des Reichskanzlers und dem Wunsche für seine baldige völlige Heilung Ausdruck geben.

Gratulationscour beim Minister Grzesinski.

Berlin, 27. Juli. Der preussische Innenminister Grzesinski ist am Anlaß seines 50. Geburtstages am 28. Juli bereits am Sonntag Gegenstand sehr zahlreicher Glückwunschkarten und -Briefe gewesen. In der Mittagsstunde erschienen bei ihm, unter Führung des Staatssekretärs Weges, Vertreter der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Innenministeriums. Sie überreichten dem Minister als Geburtstagsgabe ein von Professor Rothloff gefertigtes Gemälde des preussischen Innenministeriums. Der Staatssekretär betonte, die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Innenministeriums empfänden das Bedürfnis, dem Minister Grzesinski bei diesem Anlaß ihre Verehrung und Liebe auszudrücken und festzustellen, daß sie sich auch menschlich mit dem Minister verbunden fühlen. Sie seien der Hoffnung, daß der Minister noch viele Jahre in gleicher Rüstigkeit, Tatkraft und Energie ihre Chef sein werde.

Antworttelegramme Hoovers und Stimson.

Berlin, 28. Juli. Präsident Hoover hat das Glückwunschtelegramm des Reichspräsidenten aus Anlaß des Antritts des Kellogg-Pakts wie folgt beantwortet:

„Ich bin Ihnen sehr verbunden für Ihre freundliche Glückwunschbotschaft aus Anlaß der Verkündung des Vertrages über den Verzicht auf Krieg. Ich bin der festen Überzeugung, daß dieser von so vielen Nationen der Welt unterzeichnete und angenommene Vertrag einen großen Schritt vorwärts zu der Verwirklichung jenes Friedens sein wird, den die Völker der Erde so ernstlich wünschen.“

Aus dem gleichen Anlaß hat Staatssekretär Stimson dem Reichspräsidenten Minister Dr. Stresemann in einem Antworttelegramm seinen lebhaften Dank für den Glückwunsch ausgesprochen.

Der 1. August in Preußen.

Berlin, 27. Juli. Wie die Telegraphen-Union erzählt, sind von Seiten des preussischen Innenministeriums anläßlich der am 1. August zu erwartenden kommunikativen Kundgebungen keine besonderen Maßnahmen in Aussicht genommen, insbesondere ist kein Verbot beschlagnagt, für das nach Ansicht der zuständigen Stellen die Voraussetzungen nicht gegeben sind. Selbstverständlich wird die Polizei alle Vorkehrungen treffen, um die Ruhe und Ordnung überall aufrechtzuerhalten.

Woche später wird beginnen können. Als geeignetes Konferenzgebäude erscheint natürlich der Sitz des Ständigen Internationalen Gerichtshofes und des Internationalen Schiedsgerichtshofes, der Friedenspalast. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß der Internationale Gerichtshof zur Zeit gerade wichtige Beratungen, insbesondere über den französisch-schweizerischen Jönkerstreit, abhält, während außerdem am 20. August die öffentlichen Verhandlungen über die unrichtigen Beschlüsse der Internationalen Oberkommission beginnen. Für die hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten dürfte sich jedoch höchstwahrscheinlich eine Lösung finden lassen.

Beginn am 6. August oder später?

London, 27. Juli. Reuter erzählt, daß die britische Regierung in aller Eile die Vorbereitungen für die kommende Reparationskonferenz betreibt. Es wird auch in London angenommen, daß die Konferenz am 6. August in Haag beginnen wird. Es steht fest, daß Staatssekretär des Auswärtigen Henderson und Schatzkanzler Snowden daran teilnehmen werden. Sie werden von ihren Kabinetten und von dem parlamentarischen Privatsekretär des Staatssekretärs des Auswärtigen No. Baker begleitet sein.

Paris, 28. Juli. Die in Berliner, Londoner und Pariser Blättern aufgetauchten Befürchtungen über eine Verschiebung der Regierungskonferenz infolge der französischen Regierungstürmung werden durch den offiziellen „Excelsior“ bekräftigt. Das Blatt meint allerdings, es liege keinesfalls in der Absicht der Regierungen, die Konferenz zu verschieben, „höchstens rechnet man an Quai d'Orsay mit einer Verzögerung von ein wenig Tagen, die ohne großen Schaden für die Arbeiten der Diplomaten und Sachverständigen wäre. Die für die Bildung des neuen Kabinetts und seine Vorstellung vor den Kammern benötigte Frist werde auf alle Fälle den Vorteil haben, eine bequemere und vollständige Organisation der Aufenthaltssbedingungen der Delegationen im Haag zu ermöglichen, wo man einige Schwierigkeiten wegen des Wohnungsmangels und der Unzulänglichkeit der telephonischen und telegraphischen Verbindungen befürchtet.“

Entsendung eines amerikanischen Beobachters geplant.

Washington, 27. Juli. Meldungen über die Entsendung des früheren amerikanischen Beobachters bei der Reparationskommission Roland William Boyden als inoffiziellen Beobachter zur Haager Regierungskonferenz werden demitelt, jedoch wird zugegeben, daß die Entsendung eines inoffiziellen Beobachters beabsichtigt sei.

Protest der verhafteten Pariser Kommunisten.

Paris, 27. Juni. Die am Sonntag verhafteten und des Komplotts beschuldigten Kommunisten haben an den zuständigen Minister ein Protestschreiben gerichtet, in dem sie erklären, daß ihre Beschuldigung nur den Zweck habe, die Arbeiterorganisation der kommunistischen Partei und die kommunistischen Gewerkschaften zu zerschlagen. Die Gefangenen erheben gegen ihre Verhaftung Widerspruch und lehnen es ab, dem Untersuchungsrichter Rede und Antwort zu stehen. Zwei Gewerkschaftssekretäre, die heute vernommen werden sollten, haben diese Ankündigung bereits in die Tat umgesetzt und sich geweigert, ihre Zelle zu verlassen, um vor dem Untersuchungsrichter zu erscheinen. Dieser hat daraufhin die Eröffnung der beschlagnahmten und versiegelten Dokumente in Abwesenheit der Beschuldigten vorgenommen. Wie aus Lille gemeldet wird, sind heute in den Wohnungen von Kommunisten in den Vorstädten Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Von einer Anzahl von Haftbefehlen gegen kommunistische Führer konnten nur zwei vollstreckt werden, da die meisten, wie man annimmt, nach Belgien geflüchtet sind.

Entdeckung einer kommunistischen Geheimdruckerei.

Paris, 28. Juli. Die Polizei entdeckte gestern bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung eines wegen Spionage bereits verurteilten Kommunisten in Boule eine Geheimdruckerei, die an die Soldaten und Matrosen gerichtet ist, hergestellt wurden. Zahlreiche Schriftstücke wurden beschlagnahmt. Der Kommunist wurde verhaftet.

Die Revision der Genfer Rot-Kreuz-Konvention.

Genf, 27. Juli. Die Staatenkonferenz zur Revision der Genfer Rot-Kreuz-Konvention von 1906 und zur Aufstellung eines internationalen Abkommens über die Kriegsgesangenerecht, wurde heute mit der Unterzeichnung dieser Abkommen beschlossen. Von den 46 auf der Konferenz vertretenen Staaten unterzeichneten 32 Staaten, darunter Deutschland, Frankreich, Italien und die Vereinigten Staaten.

Die revidierte Genfer Rot-Kreuz-Konvention bringt drei wesentliche Verbesserungen, nämlich Erleichterung der Kontrolle über Vermittlung, Einrichtung eines genauen Einberufungsdienstes für Gefangene, Schiedsverfahren durch Einberufung besonderer gemischter Untersuchungskommissionen im Falle von Beschwerden über die Verlegung der Konvention und Anerkennung des Flugzeuges als Mittel zum Transport von Verwundeten und Kranken. Die beiden ersten Neuerungen gehen auf Antrag der deutschen Delegation zurück, die, wie die Richterthatter vor der Konferenz betonten, in sehr fruchtbarer Weise mitgewirkt hat. Das Abkommen über die Kriegsgesangenerecht stellt die erste völkerrechtliche Bindung zum Schutze der Rechte der Kriegsgefangenen dar. Die Aburteilung von Vergehen von Kriegsgefangenen soll möglichst im Rahmen des Disziplinärstrafrechts erfolgen, das Höchststrafe ist auf 30 Tage beschränkt und soll auf familiäre gleichzeitige zur Aburteilung kommenden Vergehen nicht erhöht werden. Im Falle der Verurteilung zur Todesstrafe sind die Schuldigen drei Monate vorher über alle Einzelheiten der Verhandlungen und der Kriegsgesangenerecht als unzulässig erklärt.

In einer Schlussakte sprachen sich die Delegierten für die baldige Aufnahme der Vorarbeiten für eine weitere Staatenkonferenz über den Schutz der Zivilbevölkerung und ihre Behandlung im Falle ihrer Internierung aus. Die beiden heute unterzeichneten neuen Abkommen bringen ganz wesentliche Fortschritte gegenüber dem bisherigen Zustand. Vor allem enthalten sie auch die sehr wichtige Bestimmung, daß in Falle von Angriffen oder auch nachgewiesenen Verletzungen der Konvention Repräsentanten grundsätzlich unterstellt bleiben.

Die KD-Tagung in Effen.

Effen, 28. Juli. Die Tagung des Kartellverbandes der katholischen Studentenvereine Deutschlands (K. V.), der vom 27. Juli bis zum 1. August in Effen seine 55. Vertreterversammlung und seinen 8. ordentlichen Philistertag in Verbindung mit dem 50. Stiftungsfest der „Kluge“ des Effenen K. V. Philistertages abhält, begann am Sonntag mit internen Beratungen. Aus allen Teilen des Reiches, aus Wien, Innsbruck und Graz, sowie aus der Freien Stadt Danzig sind die Vertreter des Verbandes, der in hundert Korporationen an allen deutschen und österreichischen Hochschulen nahezu 18 000 Mitglieder, Studenten und alte Herren, umfasst, in großer Zahl erschienen. Den ersten Tag beschloß ein Begrüßungsabend, zu dem die Stadt Effen die Teilnehmer der Tagung eingeladen hatte. Die Tagung fand ihren Höhepunkt in einem Festakt am Sonntag vormittag, bei dem Reichskanzler a. D. Marx die Festrede hielt. (Wir werden darüber noch ausführlich berichten.)

Schiffszusammenstoß im Ägäischen Meer.

Nikos, 28. Juli. Der Personendampfer „Gaila“ ist in der Nähe der Insel Spessa mit dem Frachtdampfer „Kiki“ zusammengecrashen. Die „Gaila“ wurde in der Mitte durchgeschnitten und versank innerhalb von fünf Minuten in den Fluten. Nach den bisherigen Ermittlungen sind sieben Personen ertrunken. Man vermutet aber, daß sich die Zahl der Todesopfer auf 50 erhöhen wird.

35 Menschen ertrunken.

Mahabadi (Gordubien), 27. Juli. Im Smatig-Fluß wurde eine große Anzahl von Leuten, ihre Tiere in die Schwemme getrieben hatten, einer unerwartet eintreffenden Hochwasserwelle überfallen. Die Strömung war so heftig, daß alle Rettungsversuche vergeblich blieben. Man befürchtet, daß 35 Personen ertrunken sind.

Von Nah und Fern.

Die Frau eines amerikanischen Botschaftsbeamten tödlich verunglückt.

Berlin, 27. Juli. Am Samstag nachmittag ereignete sich auf der Heerstraße zwischen Spandau und Birkeladorf bei Berlin ein folgenschweres Autounfall. Das Auto eines Beamten der amerikanischen Botschaft in Berlin, Henry Eulitz, in dem sich außer ihm noch seine Frau und seine Schwägerin befanden, wurde von einem großen Lieferwagen oerammt und vollständig zertrümmert. Während der Botschaftsbeamte selbst mit geringfügigen Verletzungen davonkam, wurde seine Frau Caroline Eulitz schwer verletzt, so daß sie bei der Einlieferung ins Krankenhaus starb. Ihre Schwester, Frau Sawyer, erlitt gleichfalls schwere Verletzungen und liegt in bedenklichem Zustande darnieder. Die Polizei hat die Ermittlungen zur Klärung der Schuldfrage aufgenommen.

Selbstmord des Berliner Justizrats Hans Stein. Berlin, 27. Juli. Wie bereits berichtet, ist am 24. d. M. Herr Justizrat Hans Stein, Berlin, Wilhelmstraße 52 freiwillig aus dem Leben geschieden. Ueber den Grund, der zu diesem Schritt geführt hat, waren unzutreffende Angaben, z. B. finanzielle Schwierigkeiten und persönliche Schicksalsläge gemacht. Wie wir jetzt erfahren, trifft dies nicht zu. Der Grund für den Verweissungsschritt ist vielmehr lediglich in einer durch jahrelange, schwere Krankheit hervorgerufenen tiefen seelischen Depression zu suchen. Der Verstorbene hat vollkommen geordnete finanzielle Verhältnisse hinterlassen.

Die Schwiegermutter erschlagen.

Magdeburg, 28. Juli. In der Ortschaft Wollen im Kreise Wolmarstedt hat der 35jährige Arbeiter Robert Weigner im Verlaufe eines Familienstreits seine Schwiegermutter Emma Lindemann erschlagen. Seinen Schwiegervater schwer verletzt und auch seiner Ehefrau Verletzungen beigebracht. Der Täter ist flüchtig.

Großfeuer bei Dresden.

Dresden, 27. Juli. Am Sonntagvormittag um 3 Uhr wurde die Dresdener Feuerwehr nach Coswig alarmiert, wo ein Großfeuer in der Röntgen-Verlebung und Handwerksfabrik „Artrengel“ ausgebrochen war. Neben der Dresdener Feuerwehr waren alle Feuerwehren der Umgebung, teilweise mit Motorspritzen erschienen. Der Brand war infolge Selbstentzündung entstanden. Durch eine 20 Meter hohe Stichflamme wurde eines der nahe liegenden Rohwarenlager in Brand gefaßt. Fünf Angestellte erlitten Verletzungen. Der Sachschaden ist erheblich, aber durch Versicherung gedeckt.

Oberleutnant Kroll entwichen.

Hamburg, 27. Juli. Der frühere Oberleutnant Kroll, der bekanntlich in dem Prozeß wegen Ermordung von Raja Luxemburg verurteilt und der Militärgerichtsbarkeit und Teilnahme beschuldigt war, ist aus der Staatsstrafanstalt Friedrichsberg entwichen. Gegen Kroll, der zunächst in Hamburg als Kaufmann lebte, war ein neues Verhör wegen Erpreßung eingeleitet worden, in dessen Verlauf er in Untersuchungshaft genommen worden war.

Der schwedische Flottenbesuch in Kiel.

Kiel, 28. Juli. Die Stadt steht im Zeichen des schwedischen Flottenbesuches. Schwedische und deutsche Offiziere unternahmen heute nachmittag als Gäste der Kieler Seglervereinigung einen Autoausflug in die holländische Schweiz. Am Abend gab der Stationschef, Konradmühl Hansen, ein Essen für die schwedischen Offiziere, während den Mannschaften wiederum ein Minobuch geboten wird. Der Besuch der schwedischen Marine wird durch deutsche Kriegsschiffe erwidert werden, die in der Zeit vom 30. August bis 5. September verschiedene schwedische Häfen besuchen werden.

Große Überschwemmungen im Sudan.

London, 27. Juli. Im Sudangebiet sind in den letzten Tagen außerordentlich schwere Regenfälle in einem Ausmaße niedergegangen, wie sie in den letzten 15 Jahren nicht mehr zu verzeichnen waren. Die Eisenbahn von Atbar nach Jassa, dem englisch-ägyptischen Sudan, ist an verschiedenen Stellen unterbrochen und unbenutzbar, so daß keine Post von Ägypten nach Europa befrachtet werden kann. Der Postdienst wird in Zukunft notdürftig auf anderen Wegen durchgeführt werden. Das Geziat-Zentrum von Khartum ist von dem Hauptteil der Stadt, die mehrere Fuß hoch unter Wasser steht, abgeschnitten worden.

100 km Wald und Saalfelder durch Feuer vernichtet.

Madrid, 27. Juli. In der spanischen Provinz Gerona brach ein Großfeuer aus, das Wald und Saalfelder in einer Ausdehnung von 100 km vernichtete. Nach 12 Stunden unermüdlicher Vorkämpfe konnte der Brand bekämpft werden. Der entstandene Schaden ist sehr groß, da ganze Gehölze, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie zahlreiche Vieh mitverbrannten.

Rheider B.

Seit anderth... Koalition nach... Stadt Danz... diese Regierung... gen und kon... politisch Dan... als sie vor achte... bekannte sie Har... tisches Ziel: mit... stehenden Verträ... zu gelangen. In... vorbestallte Ju... lung der dem D... Aufgabe, Polen... sichern. Sie verla... polnischen Wirt... die Erfüllung... stimmten Wirtsch... u. a.: Zurüdnahm... nisse: Das Danz... gefaßt mit Polen... kurrenzhaftenbaue... iger Industrie, I... rpflichtungen Polen... bevorzugtes Wirt... Wirtschaftsgemein... das Regierungspr... Ausräumung best... Meinungsverschieb... Verhandlung statt... gen des Völkertun... Diese Politik i... gierung mit der g... sie doch auf die le... Spiel hatte. Im Le... freien Stadt Danz... ihren guten Willen... diese Politik i... schreiter zu b... äßig steht um kleiner... der neuen Wera d... gelungen, der pol... abzuhandeln, die i... Lebensnotwendigke... Der Danziger... sich der polnischen... gen. Der Wdin... Rücksichtnahme auf... in einer Weise vo... einen nachdrücke... nimmt. Der nati... unterwandelungs... (die Zahl der im... gen Polen ist auf... fragen mit Polen... Meinungsverschieb... stellt. Die erhoffte... ihren Danzig und... rungsparzellen selb... Feststellung durch... Senats vor wenig... öffentlich auszuspro... Angestrichen einer... Politik hat die Re... men ihres Friedens... sucht, um die Lage... schaltung in d... nspolitisch b... künftigen Weltgesche... Beitritt zum Völk... protokolliert und... engen Einstellung... dere ihres Dalains... voraussetzungen ab... fondere Note erhielt... dadurch, daß Polen... pakte ist und daher... grundbegriffliche Sym... Aber schon melden... den den Beitritt... den Balken Kellogg... der Handelsfreiheit... der der polnischen... teilen, den ihr c... auswärtigen Geschi... Auftrag, die Weltre... gierungen der Ver... union weiterzugeb... dings kaum anzun... diesen Einflüsterun... geben wird, weil si... Gegenfah zu ihr... würde, die sie dur... Kelloggpaakt und da... bekräftigt hat. Ebenfalls ist e... fühl der Unfi... Stadt infolge der... gegenüber Polen... rungen, die Danzig...